

Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Verbands  Organ.

Abonnements-Preis für Nichtmitglieder 80 Pfg. pro Monat, 80 Pfg. pro Quartal frei ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pfg., pro Quartal 2 Mark 10 Pfg. Einzelne Nummern kosten 20 Pfg.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. bei 6 maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt. „ 12 „ „ 88 1/2 „ „ „ 30 „ „ 50 „ „

Redaktion, Johann Margraf, Druck und Verlag von Joh. Meyer, Gelsenkirchen.

Nro. 24.

Gelsenkirchen, den 16. Juni 1894.

6. Jahrgang.

Gelesene Nummern

der Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung wisst man nicht achlossekeltete, sondern man giebt sie weiter!

Nur wenn jeder Leser der Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung stets sich die Verbreitung angelegen sein läßt, kann die Abonnenten- sowie die Mitgliederzahl unserer Organisation stetig steigen und unser rastloser Kampf gegen Dumheit und Niedertracht erfolgreich sein.

Kameraden, handelt danach!

Der Vorstand des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter.

Thaten.

Ihr, von Kanzel und Katheder,
Hochgelahrt in Wort und Feder,
Die ihr die Geduld Acts preiset,
Auf den Himmel nur verweist
Und des Volkes Hungerklagen
Stillt mit Seten und Entfagen. —

Wollt ihr uns're Knappen schauen?
Macht euch auf im Morgengrauen.
Seht sie zu den Schächten wandern,
So die Einen, so die Andern,
So die Jungen, so die Alten,
Müde, schlotternde Geaiten.

Blas und Lager im Gesichte
Schleichen sie, die armen Mächte,
Ihren Weg zur Kohlenkammer,
Zum tagtäglich neuen Jammer
Tief im dunklen Schooß der Erde,
Eine stumpfe Mieschneherde. —

Hier, ihr Mäcker und ihr Frommen,
Zu den Schächten sollt ihr kommen!
Zu den wallenden Calaren
Sollt ihr mit hinunterfahren!
Stein und Bohle heißen brechen —
Hönt dabei vom Himmel sprechen.

Die Lage der Bergarbeiter im Saarrevier.

Nach der Geschäftsordnung des internationalen Bergarbeiter-Kongresses durfte jede Nationalität höchstens zwei Situationsberichte vorbringen, deshalb konnte der nachstehende Bericht der Delegierten für das Saarrevier nicht zur Kenntnis des Kongresses gebracht werden. Wir bringen ihn deshalb zum Abdruck.

Eine Versammlung, in der ich hätte gewählt werden können, war unmöglich. Jeder noch auf der Grube arbeitende Bergmann, der sie besucht hätte, wäre abgelegt worden. Die noch abgelegten Verurteilten, die Opfer des letzten Streiks, haben fast alle vor der Bergbehörde kapituliert, sie verjuchten durch Beitritt zu den arbeiterfeindlichen Arbeitervereinen, den sogenannten katholischen und evangelischen Arbeitervereinen sich wieder lieblich bei der Verwaltung zu machen und hoffen dadurch wieder angelegt zu werden.

Dazu kommt noch, daß durch die liebevollen Bemühungen der Polizei: es kein Wirth wagt, sein Lokal zu Versammlungen, die nicht von den »Besseren« gnädigst gestattet sind, herzugeben.

Aus allen diesen Gründen war eine öffentliche Wahl zu dem Bergarbeiter-Kongress unmöglich. Es wäre auch eine Beschickung — eigentlich nicht nötig gewesen. Ein Nichtvertretensein hätte vielleicht deutlicher gesprochen, als ich es vermag. Was trotzdem meine Mandatgeber bewog, mich nach dem Kongress zu entsenden, das ist die ganz unglückliche Bedrückung durch die herrschenden Klassen in meiner Heimat. Die königl. preussische Bergbehörde und Herr v. Stamm, der »Arbeiterfreund«, reichen sich zur Unterdrückung aller Bestrebungen der Arbeiter zur Besserung ihrer Lage brüderlich die Hand und ignorieren alles, was ihnen un bequem ist. So würde auch das Nichtvertretensein des Saarreviers einfach ignoriert worden sein, man hätte es vielleicht noch fälschlich als ein Zeichen der wieder zurückkehrenden Zufriedenheit in die Welt pflanzt. Dem vorzubeugen vor den Bergarbeitervertretern der ganzen Welt — die im Saarrevier herrschenden Zustände zu geisteln, das war der Zweck, warum mich meine Mandatgeber auf den Kongress entsandt haben. Infolge des großen 1889er Bergarbeiter-Streiks traten zum ersten Male die ausgebeugerten Saar-Bergleute in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Es gelang ihnen auch damals in dem »...« eine Reihe von Vortheilen zu erringen.

Schon ein Jahr später war zur Erlangung des Errungenen ein abermaliger Streik nötig. Die zur Beibehaltung des Errungenen gegründete Organisation jagte den Gegnern einen gewaltigen Schrecken ein, sie wurden sich klar darüber, daß,

wenn sie die Ausbeutung in der bisherigen Weise fortbetreiben wollten, sie die Vernichtung der Organisation herbeizuführen hätten. Es wurden dazu nun alle Mittel angewandt, die im Kampfe der Ausbeuter gegen die Arbeiter bisher überhaupt ausgebeutet worden sind. Kein Mittel war ihnen zu gering, wenn es nur dem Zweck dienlich war.

Die Wohlthätigkeit beider Konfessionen, die anfangs den Bestrebungen der Verlegten sympathisch gegenüber stand, konnte den Lockungen der Geldsackvertreter nicht widerstehen, sie nahm eine immer feindseligere Stellung den Verlegten gegenüber ein, die nach kurzer Zeit in offenen Kampf überging.

Die Nichtberücksichtigung einer Anzahl Forderungen betriffs des Anspannungswesens, die Einführung einer neuen Arbeitsordnung, und nicht zuletzt die immerwährenden Lohnreduktionen führten schließlich am Ende des Jahres 1892 zu einem abermaligen Streik.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß den Bergbehörden nichts angenehmer sein konnte, daß nichts ihnen die Zerstörung der Bergarbeiter-Organisation so leicht machte, als gerade dieser mit einer völligen Niederlage endende Streik.

Den errungenen Sieg nützte die Verwaltung nach Kräften aus. 2500 Bergleute, etwa 12 pCt., wurden außs Pfaster geworfen. Wer in Arbeit bleiben wollte, mußte aus der Organisation austreten, durfte keine Arbeiterzeitungen lesen, mußte überhaupt auf die freie Betätigung seiner staatsbürgerlichen Rechte verzichten.

Am drastischsten zeigte sich dies bei der vorigen Wahl zum Deutschen Reichstag. Die Grubenbesitzer schleppeten die Leute an die Urne, drückten ihnen einen Zettel in die Hand und kontrollierten die Abgabe des Zettels. An anderen Orten fanden 2—4 Streiker um das Wahllokal und sorgten dafür, daß kein Bergmann nach seiner freien Ueberzeugung wählen konnte. Ob der gelungenen schamlosen Bergverwaltung stimmte man hernach ein Jubelgeschrei an über die angebliche zurückgekehrte Zufriedenheit und schämte sich nicht, schlankweg den sogenannten Hegeu die Schuld an den bisherigen Umständen und allen anderen Selbstmüdigkeitsbestrebungen der Arbeiter beizumessen. Die Scham ist im Saarrevier längst zu den Hundstuden emigriert. Nachdem man die Streikführer ein halb bis ein Jahr als abschreckendes Beispiel natürlich arbeitslos hatte umherlaufen lassen, nahm man nach und nach einzelne wieder an, jedoch nicht ohne den letzten Rest von Organisation auszulösen. Es hatten sich nämlich in den letzten Jahren eine Reihe von sogenannten Bergarbeiter-Kassinos auf Grund des Genossenschaftsgesetzes gegründet. In diesen Kassinos trafen sich nun die Bergleute und besprachen privatim ihre Lage.

Das war der Bergbehörde ein Dorn im Auge. Es wurden den Leuten die Wahl gelassen, aus den Kassinos auszutreten oder entlassen zu werden. Die Kassinos gingen insolge dessen ein.

Schlimmer als das Alles wirkt jedoch die im Großen gezüchtete Angeberei und Spitzelerei.

Der Verräther seiner Kameraden ist der beste Arbeiter, er erfrent sich der Günst seiner Vorgesetzten und bekommt die beste Arbeit. Diese systematisch betriebene Demoralisirung hat einen solchen Umfang angenommen, daß kein Bergmann mehr dem andern traut. Leute, die 10 bis 15 Jahre zusammen arbeiten, unzählige Male Schulter an Schulter dem Tode ins Auge geschaut haben, jeder bereit, nöthigenfalls für den andern sein Leben in die Schanze zu schlagen, sie wagen es nicht mehr, sich gegenseitig über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gegeneinander offen auszusprechen, sie fürchten, einer werde zum Verräther an dem andern. Selbstverständlich wird die Unzufriedenheit der Masse mit diesen Zuständen und den damit verbundenen Löhnen von 3 Mk. und darunter im Bedrage — es giebt sogar Vergleute, die im Monat März er. für volle Arbeitstage 34,05 Mk. verdienten; hinzukommen die Worte, die von Beamten den Vergleuten in's Gesicht geschleudert wurden, bis Pfingsten müßt ihr verhungert sein, oder ich bringe es hier so weit, daß ihr mit den Arbeitsschuhen in die Kirche gehen müßt — täglich größer; vorläufig verkleistert freilich jeder seinen Groß in seiner Brust und trägt mit in der Tasche geballter Faust sein Joch weiter. Wie lange das noch so dauern wird, läßt sich nicht sagen, jedoch die Versicherung kann ich geben, daß der jetzt herrschende weiße Schrecken überwunden wird, daß in das gegenwärtig bewegungslose Saarrevier auch wieder Bewegung kommt.

Wenn die Zahl derjenigen — furchtlos und unerschrocken die Fahne der Arbeiterbewegung — aufhellen und hochhalten, auch nicht groß ist, so werden wir dessen ungeachtet den Muth nicht sinken lassen und unentwegt dahin arbeiten, die königl. preussischen Musteranstalten, zu menschlichen Musteranstalten zu machen.

Noch eins bleibt mir übrig. Die gegnerischen Blätter haben die Angelegenheit schon so breit geschlagen, daß es mir unrichtig erscheint, stillschweigend darüber hinweg zu gehen. Die Sache ist mehr persönlicher Natur, sie betrifft die bisherigen Führer der Saarbergleute. Die Leute haben durch ihre unsonnige Lotteriewirtschaft viel zu der jetzigen Lage beigetragen. Sie haben unserer Bewegung schwer geschadet, ja sie haben sich zum Theil direkt als Lumpen entpuppt. Die Leute sind für die Arbeiterbewegung todt. Kommt eine neue Bewegung, so wird auch dafür gesorgt, daß andere Männer an die Spitze kommen und daß es ganze Männer sind.

Zum Schluß schicken meine Mandatgeber dem Kongress die herzlichsten Glückwünsche zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten. Möge die internationale Bergarbeiter-Bewegung rüstig nach vorwärts schreiten, das Saarrevier wird sein möglichstes thun nachzukommen. Nikolaus Fries, Ludweiler, Delegirter für das Saarrevier.

Zu den kritischen Briefen vom internationalen Bergarbeiter-Kongress

(Westf. Volkstg.) über den 4. Tag wollen wir nichts erwähnen. Nur das Fehlende in den Erörterungen der Ausföhrungen über den 5. Tag bezüglich des living wages der Engländer und des Minimallohnes der Deutschen soll uns zum Vorwurf nachfolgender Darlegungen dienen.

Zu den Ueberschriften der kritischen Briefe vom (1. und 5. Tag vermiffen wir das Wort »sozialpolitische«. Wenn dies keinen Sperrstreich bedeutet, was wir der Ducker-Routine wegen nicht annehmen können, dann hat man mit dieser Weglassung eine kleine Konzession an den Inhalt der kritischen sozialpolitischen Briefe gemacht, wenigstens soweit es die beiden Lohngrößen betrifft. Denn wir vermiffen die Erörterungen über so etwas dergl. über den Werth resp. die Tendenz des Lebenslohnes (living wages), d. h. Normallohnes, und des Minimallohnes. Gerade die Wirkung ist aber das sozialpolitische Moment in diesen Forderungen und deshalb sehen wir uns verpflichtet, unsere Stellung zu denselben darzulegen.

»Der Mensch ist ein Gewohnheitssthieler, kriecht es auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen; d. h. er gewöhnt sich an das Klima u. s. w., an Lebensbedingungen, Lebenshaltungen in besserem oder geringerm Style; er hat die Fähigkeit und Neigung, sich allen Lagen und Verhältnissen anzupassen. Es ist dieses eine unmittelbare Folge aus dem Selbsthaltungstrieb und dieser letztere ist auch der Impuls dazu, daß der Mensch betrieht ist, in allen Verhältnissen eine gewisse Lebensfähigkeit hineinzubringen und so viel an ihm liegt, d. h. als er zu erreichen im Stande ist, beugt er das auch fertig. Selbst bei den kleinsten Nöthigen sucht er sich so einzurichten, daß er mit der Stockung des Einkommens nicht sofort dem traurigen Hunger verfällt. Ausnahmen bestätigen auch hierbei die Regel. —

Auf Grund der Gewöhnung und des Triebes der Arbeiter sich (wenn auch nur in kleinem Maße erreichbar) eine Lebensfähigkeit zu schaffen, wohnt dem Minimallohn die Tendenz inne, zum Normallohn herausgebildet (heraus-gespart, -gehungert, -geget.) zu werden.

Denn beim plötzlichen Ausfall des Minimallohnes träte im selben Augenblick auch der Hunger auf, wenn nicht durch die Art der Lebenshaltung (geeignet und entbehrt) ein geringes Maß von Lebensfähigkeit in die Lebenshaltung (trotz und wegen des Lohnminderungs) hineingebracht wäre.

Der Normallohn, der Lebenslohn (living wages) hat dagegen die entgegengesetzte Tendenz. Weil er eben ein Mehr enthält, als absolut notwendig, so ist die Lebensfähigkeit mit einer einmaligen Reduktion nicht gefährdet. Die Lebensfähigkeit ist bei einem Normallohn nicht mehr eine Tendenz, die den Empfänger zum sparen und dergl. antreibt. Denn der Lebenslohn kann schon eine Reduktion vertragen, ehe er die Lebensfähigkeit beeinträchtigt, da das Mehr fortfallen kann, ohne eine ernsthafte Existenzgefahr herbeizuföhren. — Dazu kommt, daß die natürliche Wirkung des Mehr des Normallohnes gleich ist einem stetigen Angebot von Lebensgenüssen, das den Besizenden des Mehr zum Verbrauch des Normallohnes reizt und führt, zumal die Lebensfähigkeit dadurch nicht sofort angegriffen wird. So kommt es, daß der Normallohn, der Lebenslohn (living wages), die Tendenz zeigt, zum Minimallohn herausgebildet zu werden. Praktischer Beweis dafür: Die Engländer behaupten in ihrem Bericht, daß ein Lohn von 6,00 Mk. (ein Lebenslohn) natürlich keine Reduktion mehr vertrage. —

Die Sache würde sich sofort anders gestalten, sobald ein vernünftiger abgemessener Minimallohn gesetzlich festgelegt wäre, was vom Verfasser der kr. Briefe als das für die Deutschen Nothwendige bezeichnet wird. Aber ist denn der Staat bei der heutigen Gesellschaftsordnung überhaupt im Stande einen Minimallohn garantiren zu können? — Nein! Dazu gehört ein anderer Staat in einer anderen Gesellschaftsordnung; mit einem Wort: Der sozialistische Staat. Ein solcher bleibt aber bei derartigen primitiven Maßregeln nicht stehen — Was in der gegenwärtigen Ordnung der Dinge hinsichtlich auf Erfolg hat, ist die Forderung der Engländer, daß der Preis der Kohlen nach dem an die Vergleute zu zahlenden Lebenslohn sich richte; daß die Ueberproduktion streng vermieden und durch internationale Abmachungen verhindert werde; jede Verminderung des Lebenslohnes nur mit Zustimmung (Einschuldung in den Gewinnen, Verlusten, Verkaufspreisen u. s. w.) der Vergleute erfolgen könne. Das einzige, was der jetzige Staat unter der bestehenden Ordnung hierbei thun kann, ist, daß er den Arbeitern mehr Freiheit gewährt, und zwar gesetzlich und administrativ, damit die Arbeiter sich dasjenige erkämpfen können in friedlicher Weise, was gesetzlich ihnen zu gewöhren der Staat abkneht.

Hätte der Staat den Bergbau in Regie, selbst dann wäre er noch nicht, ohne Zwang auf die Konsumenten auszuüben, ohne Kohlenzoll u. dergl. selbstständig befähigt, einen Minimallohn den Bergarbeitern zu garantiren. Immerhin gehört dazu eine internationale Convention.

Wenden wir uns jetzt Angebot und Nachfrage sind die Preisregeler. Ueberproduktion bringt Preisrückgängen und außerdem Lohnschneidung, weil der Preis sinken. Die Vergleute haben also behufs Erringung eines Normallohnes zunächst die Produktion international zu regeln. Hierbei kann der Staat auch unter der heutigen Ordnung in eminenter Weise eingreifen, indem er die Journalarbeit verbietet und die Männerarbeit auf 8 Stunden täglich Ein- und Ausfahrt beschränkt.

Die gegenwärtige Festlegung des Minimallohnes ist nicht das Nothwendigste, was die Deutschen brauchen, sondern die Beschränkung der Arbeitszeit und mehr Freiheit im Kampf gegen die organisierten Grubenbesitzer. Ferner die Beschränkung der Will-

für der Grubenarbeiter beim Arbeitsvertrag und der Arbeitsordnung. Wahrung der Rechte des schwächeren Theils. Damit sind die Bedingungen dafür, daß der Minimallohn nicht unterschritten wird, gewahrt und bei diesen Forderungen ist noch das Wesentlichste, daß sie ohne weiteres vom Staate erfüllt werden können. Sogar angeht die Arbeitslosen erfüllt werden müssen bezügl. der Arbeitszeit, bezügl. des Arbeitsvertrages und der Arbeitsordnung nur die Erfüllung einer Staatspflicht beansprucht wird.

(Was ferner der Staat direkt vermag, ist die Verbesserung der Grubeninspektion zur Verhütung der Unglücksfälle und zum gleichen Zwecke die Gasbariumung der einzelnen Grubenbesitzer (Beschlagnahme des Verwerksvermögens und nöthigenfalls Gefängnisstrafe des Besitzers) in den Fällen der Vernachlässigung u. s. w. der Vorschriften der Inspektion).

Setzt es die gesetzliche Festlegung des Minimallohnes, oder die Erringung des Normallohnes oder der Lohnkampf überhaupt, es bildet naturgemäß das letzte Treffen der international vereinigten Vergleiche mit dem Grubenkapital. Wenn diese Frage endgültig entschieden, dann ist der sozialistische Staat eingeleitet, mögen es die Engländer begreifen wollen oder nicht.

Zum Schluß bekennen wir uns zu derselben Auffassung des Ursprungs der häuslichen Konflikte auf dem Congreß, wie sie der Verfasser der tr. Briefe offen darlegt.

Pastor Schall.

Wohl oder übel haben wir uns mit allen Vorgängen auf sozialpolitischem Gebiete zu befassen, da alle andern Parteien, sowie auch die sog. Parteiloosen, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie einig sind und ihre gesammten Kräfte, Mittel und Wege für die gründliche und dauernde Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, der totalen materiellen, politischen und sozialen Gleichstellung, kommt und besonders nichts taugen. Sie gehen um die brennenden Tagesfragen herum, wie die Frage um den heißen Brei; wenn es hoch kommt, dann bekennen sie, daß die Forderungen der Arbeiter gerecht sind; daß ist dann alles. Die Kraft ihrer Kräfte ist gleich Null — Nach mehr, sie sind schädlich, weil sie das Volk auf eine falsche Bahn führen, ihm Blut vormachen. So wie hier angebeutet verfährt jener Pastor Schall, der »heilige« Sozialdemokrat geworden wäre, sich aber auf seiner Pfarr-Pfunde jetzt ganz wohl befindet und neulich, am 23. Mai c., in seiner Vaterstadt Essen einen sozialpolitischen Vortrag über die Nothwendigkeit der Errichtung evangelisch-sozialer Arbeitervereine gehalten hat. Der Vortrag des Pastor Schall war in fünf Sätze getheilt (so sagte er selbst):

1) »Die evangelisch-sozialen Arbeiter-Vereine sind nothwendig, weil Gefahr im Verzuge, daß unsern deutschen Volke die Volksgemeinschaft verloren geht.« Nachdem er ein Langes und Breites gesprochen, mit möglichst vielen Worten nichts gesagt hat, empfiehlt er die Bildung obengenannter Vereine zur Erhaltung der Volksgemeinschaft. Was aber praktisch zu geschehen hat, das — weiß er selber nicht, denn er sagt davon nichts.

2) »Der Volkswohlfund droht uns verloren zu gehen (hat noch niemals bestanden) D. N.« Bei der Erörterung dieses Satzes behauptet er die Dummheit zu behaupten, in Essen wäre so herrlich schön für alle Leute geforgt — Pastor Schall scheint ein ganz besonderer Schläuberg zu sein! Nun, gönnen wir ihm seine Weisheit; er richtet damit nichts aus. Auch für den Volkswohlfund will er die evangelisch-sozialen Arbeitervereine hasstbar machen, sie sollen nämlich dem uneingeschränkten (!) Privatkapitalismus die Flügel beschneiden. — Das ist, offen bekant, colossal schlaue Ausgebacht, nur hätten wir gerne von ihm gehört, wie das unter den heutigen Vereinsgesetzen und besonders unter der Interpretation seitens der deutschen Rechtsprechung, die Hebung des Arbeiterstandes für Politik erklärt und politische Verein: beschränkt, wohl anzustellen ist. Aber darüber schweigt er. Und ebenso darüber, wie es die evang.-soz. Arbeiter-Vereine anfangen sollen, den Kapitalisten an den Geldsack zu kommen, ohne ihre Wuth herauszufordern und mit der Behörde in Conflict zu kommen. Das ist seiner Weisheit Schluß an dieser Stelle; nicht besonders geistreich, aber bezeichnend!

3) »Das Christenthum droht uns verloren zu gehen.« Na, da ist er ja gerade der Mann dafür, das zu verhindern. Als einziges Mittel zur Rettung des Volkes schlägt er vor den Glauben an Gott dem Herrn und Jesus Christus dem Volksherrn (Stöcker sagte auf dem evang.-soz. Congreß: der Proletariatskönig und wurde darum angefeindet D. N.) Nun, dann haben also die evangelisch-sozialen Arbeiter-Vereine damit weniger zu thun. Sie haben auch, wenn sie dem Kapitalismus die Flügel beschneiden wollen, keine Zeit und keine Kraft übrig, noch besonders in Religion zu machen.

4) »Es droht uns die Volkssitte verloren zu gehen.« Er erläuterte dies an einem Beispiel, das in der Erkenntniß endet, daß alle Geschäfte (Handel und Verkehr) heute schwinden und die Hauptaufgabe darauf gerichtet sei, wie einer dem andern das Geld abnehmen könne. Auch hiergegen sollen die evang.-soz. Arbeiter-Vereine einwirken. Da jedoch diese armen Teufel von Arbeiter mit dem Handel in ihrem ganzen Leben positiv nichts zu thun bekommen, vielmehr stets da, wo sie nothwendig sich heranzuwagen müssen, schmächtig über's Ohr gehauen werden, so ist nicht ersichtlich, wie sie der Schall'schen Aufgabe gerecht werden können. Sollten sie etwa bei den Börsenjobbern predigen gehen?

5) »Es droht die Vaterlandsliebe, der Patriotismus dem Volke verloren zu gehen.« Schauderhaft! — Aber wenn es den Leuten wohl ginge, würden sie ihr Vaterland schon des Wohlwollens wegen lieben; aber ja? — Gott der Herr habe über die Staatsform zwar keinerlei Bestimmung gegeben, aber es ist den bestehenden Republiken nicht besser als in Deutschland, so solle man ihm danken, daß wir eine Monarchie hätten — Gegen das Schwinden des Patriotismus, so wie er selber verstanden ist, schlägt Schall vor, treu zu Kaiser und Reich zu stehen. Außerst »finreich«!

Zum Zeichen des Dankes für den Vortrag hat sich die Versammlung von den Sitzen erhoben. Unseres Erachtens konnte den Versammelten das Erheben nicht schwer werden, denn gar zu schwer sind ihnen die Köpfe von der Schall'schen Wissenschaft nicht geworden. Wenn die Versammelten sonst keine schweren Köpfe hatten, dann ist es ihnen nicht schwer geworden, dieselben hoch zu bringen.

Zum Streit in Währisch-Ostrow

haben wir noch etwas nachzutragen, welches mit demselben zwar nicht in direktem Zusammenhang steht, jedoch als schändlicher Anzeiger jeglicher freirechtlichen Regierung besonders bei einem Streit in die Erscheinung tritt.

Die Unternehmer haben in ihrer »Dienstordnung« ein ganz vorzügliches Mittel zur Unterdrückung des Streiks. Da ist der

§ 30 Absatz 6 dieses Unternehmer-Podex — der, nebenbei gesagt, auch angezogen wurde — Er lautet: »Findet eine Arbeitsverweigerung oder sonstige Widersehtlichkeit im Dienste von mehreren Arbeitern zugleich in der Absicht statt, um einen höheren Lohn oder andere Bedingungen zu erzwingen, so werden die Betreffenden aus der Arbeit entlassen und die Aufwiegler außerdem der Gerichtsbehörde zur Bestrafung angezeigt.« Und der § 39 der Dienstordnung ergänzt den § 30 mit nachfolgender Bestimmung: »Mag der Austritt aus der Arbeit oder dem Dienste auf welche Art immer erfolgen, so erlöschen mit demselben Zeitpunkte alle Ansprüche auf die Leistungen der Unternehmer und auf den Ersatz der in dieselbe geleisteten Beiträge ober auf eine sonstige Unterstützung.«

Wehe also dem Vergarbeiter, der seine Lage durch Arbeitsverweigerung, d. h. durch den Streik verbessern will und dabei geschlagen wird! Da setzt sich's gleich, wie es mit der persönlichen Freiheit in Österreich diesem Minderande ausieht. Da zeigt sich sofort die angeblich aufgehobene Hörigkeit des Arbeiters, der kapitalistische Feudalismus, die furchtbare Abhängigkeit des Grubenarbeiters vom Grubenbesitzer. Und ohne jede Beweiskraft gebrachten die Grubenbarone, ob christlich oder semitisch, ob Gumann oder Wilczek, dieses verwerfliche Mittel gegen ihre Grubenhörigen. Am 400 Streikende erhielten am 16. Mai ihr Arbeitsbüchel, darunter Leute, die 15, 16 und noch mehr Jahre in den Werken gearbeitet haben. (Haben die deutschen Grubenproben es etwa anders gemacht? D. N.)

Um das Glend gerüttelt und geschüttelt voll zu machen geht die Gendarmarie, schrieb am 22. Mai die Wiener Arbeiterzeitung, zur Nachtzeit in die Wohnungen der Vergleute und nimmt Verhaftungen vor. Jede Nacht werden zwei, drei bis vier Leute verhaftet und in Ketten geschlossen nach Teschen eskortiert. Am argsten (wüthet die Behörde) gegen die Wilczek'schen Mannschaften. Es verlautet hier, daß diese (Schandthat) von dem berichtigten Wilczek'schen Bergverwalter Steiber ausgeht. Es werden Konfiszur! — — — Von den 400 Entlassenen wurde keiner in die Arbeit aufgenommen, und noch immer werden Entlassungen vorgenommen. Unternehmer und Behörden laden durch diese Handlungsweise eine schwere Verantwortung auf ihr Haupt! Ein furchtbarer Groll ist in den Herzen der Besiegten.

Zum Berliner Brauereiboykott

macht sich in ihrem »näheren Daraufergehen« die »Gelsenkirchener Zeitung« die freisinnige Anschauung zu eigen und setzt hinzu: »Wohin sollten die vom Streik lebenden »Führer« auch kommen, wenn wieder ein friedliches Verhältnis zwischen allen gesellschaftlichen Klassen hergestellt würde? Die Sozialdemokratie bringt nicht den Frieden, sondern das Schwert, und alle ihre Maßnahmen sind darauf berechnet, die Zwietracht immer wilder zu entfesseln.« Das ist einfach elende Verläumdung.

Die Essener Zeitung macht es noch toller, sie spricht ebenfalls in einer Reproduktion, nicht mehr von einem Boykott, sondern von einem Streik! Sie schreibt sich in einem wahren Paroxysmus hinein und ruft aus: »Wo ist § 153 der Gewerbeordnung? nämlich so, wie er regierungsfeindlich beantragt war! — Fällt dann noch über den neuen Kurs her und verlangt am Ende Sühne für die Unternehmer. Da sieht man so recht die nationalmiserable Gesinnung. Daß der Boykott die Antwort auf die plötzliche Entlassung einer Reihe an der Spannung sogar ganz unschuldiger Arbeiter ist, verschweigt das tollere Blatt.

Eines Schreyes bedürfen die frech-übermüthigen Brauereien nicht, denn es ist keine Erläuterung für sie; sie haben den Streik mit echt probiger Brutalität von Zaun gebrochen. Gerade im Sommer wird viel Bier getrunken, sie hatten also keinen Arbeiter zuviel, trotzdem haben sie eine verblüffend große Zahl derselben entlassen. Selbst in andern Fällen, wenn die Dividenden heruntergegangen wären, hätten sie keinen Arbeiter zu entlassen gehabt. Ihr »Entbrennungslohn« ist nämlich ganz enorm, deshalb auch der Feindmuth. Greifen wir drei derselben heraus: 1892. Schultze's Brauerei. Tantiemen an die Direktion (Höfke, den Leiter des Berliner Bierenges) 99,014.76 M., an den Aufsichtsrath 49,507.33 M., an die Aktionäre 810,000 M. Aktien-Brauerei Friedrichshöhe 1891/92. Gewinn 1,496,626 Mark. Davin theilen sich die Aktionäre, Arbeiter, Aufsichtsrath und Direktion zu 60, 40 und 10 Prozent. Die Aktionäre für ihr Faulenzen also 60 Prozent. — Wismuth's Brauhaus 1892. Dividende für die Kommanditäre 488,849 M., Arbeitslöhne 348,191 M. Die Abschreibungen in Betracht gezogen ergibt den Aktionären für Nichtsthum 64, die Arbeiter 36 Prozent. Das ist kapitalistische Theilung! Es muß erwähnt werden, daß die Brauereien relativ sehr hohe Unfallziffern aufweisen.

Für diese Riesengewinne verlangt die Essener Ente den staatlichen Schutz obendrein. Eine bewundernswürdige Unverschämtheit. Der reine Proiz!

Eine Bierkirche.

Dem »Zentralblatt« des Sächsischen Gastwirt-Verbandes wurde aus Dessau geschrieben: »Unsere evangelische Geistlichkeit, von jeder hier sehr orthodox angehaucht und von einer hohen Stelle aus sehr verächtlich, hatte vor 5 oder 6 Jahren hier einen Jünglingsverein gegründet, unter dem Vorgeben, die Jugend vom sittlichen Verderben zu retten. Es traten nun diesem Verein nicht allein Jünglinge, sondern alle frömmelnden Elemente bei, ferner bei der Kräftigung, die diese von Geistlichen gebildete Bewegung fand, auch Handwerksmeister und Geschäftstreibende, welche als Lohn für ihre Mitgliedschaft mit Arbeiter und Bierungen bedacht wurden. Der finanzielle Mittelpunkt dieser Gesellschaft, ein hiesiger bedeutender Waarenhändler, war vor mehreren Jahren mit seinem Gesellschafter und einzelnen Mitgliedern seines Personals »des Betruges angeklagt«. Geschäftsführer und Personal wurden überführt und zu sehr langer Zuchthausstrafe verurtheilt. Der Chef selber, für welchen der Staatsanwalt 1 Jahr Zuchthaus beantragt hatte, wurde freigesprochen. Man erzählt sich nun hier, daß der Mann, welcher sehr vermögend ist, aus Dankbarkeit gegen Gott, der ihn so gnädig beschützt, den Entschluß gefaßt, »ein evangelisches Vereinshaus« zu bauen. Das Haus ist jetzt fertig. Oben ein Kreuz darauf, unten der großartigste Bierkeller für ca. 2—300 Personen, mit einer Pracht ausgestattet, wie ihn Berlin nicht hat. Eine Treppe hoch ein Saal in Kreuzform, wie im Dom, mit Orgel, 2000 Personen ziemlich saßend, auf das verschwenderische künstlerisch ausgestattete, seitwärts ein Bierbüffet. Man schätzt das Haus, bei uns Bierkirche genannt, auf den Werth einer halben Million. Wir Gastwirthe und auch die gesammte Einwohnerzahl glauben ein Haus für Klubzwecke des Jünglingsvereins entstehen zu sehen und gönnen der Gesellschaft, ihre von der Welt, wie wir meinten, abgegrenzten Räume. Es kam aber anders. Seither werden alle Kirchengemeinde-Versammlungen, große Konzerte und Rommerzestmahl hier veranstaltet. Im Keller wird zweierlei

Bier vergast; die Leitung des Ganges hat eine frühere fromme Schwester mit Namen Martha, die Oberleitung der Konfirmandenrath Pastor Grape und der Kaufmann J. A. Selter. Um den Verkehr im Keller zu heben, sind zwei geschulte Mündener Kellnerinnen angestellt, die eine war bisher im Kaffe Frisch zu München engagirt. Seitdem ist der Zug nach der Bierkirche ein enormer; ganze Scharen strömen dorthin, bei uns im Geschäft ist es tot, wir sperren den Mund auf und sehen zu, wie die Scharen der Gasse wieder zurückkommen, weil sie nicht Platz fanden. Was die Pracht der Räume nicht vermocht hat, das thut die für hiesige Verhältnisse abnorme Bedienung durch zarte Hand. Die Mädchen nehmen auch ganz lustig Trinkgelber, weil sie bei dem schweren Dienst von Morgens 8 bis abends 11 Uhr bei 20 Mark Monatsgehalt nicht auskommen können. In den ersten Tagen der Eröffnung half Alles mit, sogar die Frau Konfirmandenrathin und andere »Damen des Komittees«.

Die Unzufriedenheit greift um sich.

die Armut, die Unsicherheit des Lebens nimmt immer mehr zu.« schrieb der »Rheinische Merkur« und meinte, daß das Volk 300 Millionen indirekter Steuern mehr bezahle, als ihm nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit aufgebürdet werden können. Aber die Centrumspartei, für das dieses katholische Blatt eintritt, hat im Reichstag und Landtag die indirekten Steuern verschärfen lassen; fast 400 Millionen allein mit den Schutzzöllen, die angeblich der Landwirtschaft und Industrie aufhelfen sollen, in der That, aber nur Millionenare gezüchtet haben.

Dr. Sigl hat Recht, wenn er in seinem »Bayerischen Vaterland« (Mitt. Blatt) schreibt:

»Vom Centrum ist kein Heil zu erwarten, weder für den Handwerker noch für den Bauernstand; denn seit zwei Dezennien erleiden wir von dieser Seite her nichts als Täuschung über Täuschung! »Fahr« ab, scheinhellige Griselis! geliebte hast Du uns nie!«

Der Rh. Merkur redet auch von elender Geuchel u. Uge wenn von sozialdemokratischer Seite behauptet wird, der internationale Vergarbeiterkongreß zu Berlin sei mehr einigend als trennend gewesen, und meinte, man habe die vorhandenen Berufswirtschaften wegeln wollen. Daß der engl. Delegirte Burt in der Eröffnungsrede sagte, die größte Bedeutung der jetzigen Kongresse sei noch die erzieherische Wirkung und daß dieser Congreß erzieherisch gewirkt, eben durch die nationale Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse, das verschweigt der Rh. »Güterbote« und behauptet damit eine Lüge in passiver Form. Diese Lüge ist demselben Boden entsprungen, auf dem die elende Geuchel gebelbt, die ihm das arme Volk bejammern und doch treu zum Centrum halten heißt, das demselben armen Volke Steuern bis zur Unertüchtigkeit aufhelfen hilft.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Bodum. Sammeln! heißt es in den Reihen der christlich-sozialen beider Kirchen. Offen tritt die Festschraar der katholischen Kirche auf sozialpolitischem und religiösem Gebiete mit diesem Schlagwort an die protestantische Kirche heran. Das ist zu lesen in der Essener Volkszeitung vom 26. Mai c. in der Beschreibung der Centrums-Versammlung auf dem Schützenhofe in Bodum: Zum Schluß kommt Redner (der Centrumsführer Dr. Lieber) auf die soziale Bedeutung und Wirkung der Orden, behandelt den schweren Stand aller (!) gegenüber dem Sozialismus, legt die Nothwendigkeit des Volkvereins dar und fordert die Protestanten auf, statt des Evangelischen Bundes lieber einen Volkverein für das evangelische Deutschland zu gründen, einen Verein (!) mit uns dem drohenden Feinde entgegenzutreten. (Die Sozialdemokratie muß doch wohl eine »versteuerte« Gesellschaft bergen — Sind denn die Jesuiten, die man zur Aufhebung des Jesuitengesetzes als gloriose Kämpfer gegen die Sozialdemokratie anrief, nun allein nicht stark genug? Frage D. N.) Inzwischen, so schloß Redner, kämpfen wir im Verein mit unserem wackeren Volkstheoretiker in geschlossener Phalanx nicht gegen Ungläubige, nein, für unsere Rechte, gegen alle Umsturzbestrebungen, für Thron und Altar und in diesem Sinne stimmen wir ein in dem Rufe: Gott und das kath. Volk. Und die Andern? —

Bodum. Die »Arbeiterfreundlichkeit« wird vom Schienen-Riderorgan (Rhein-Westf. Tageblatt) in Nr. 117 arg weit gerieben. — Was mit der Förderung der Arbeiterinteressen zusammenhängt, erfährt von ihm ohnehin die gemeinste Besuche ung. Vom internationalen Vergarbeiter-Congreß schreibt er aber in böshafter entstellender Hebertreibung: »Lärm und Standaßszenen, wie sie schlimmer gar nicht gedacht werden können; wüthige Anarchie war eingetreten; die Engländer sind demonstrativ abgereist.« Der Delegirte Wallstein, der sein möglichstes gethan, eine Unordnung in den Congreß hineinzubringen, wird als ein biederer Oberstleser hingestellt. Aus jeder Zeile dieses »Etablisment« guckt die gemeine, aber glücklicherweise ohnmächtige Wuth hervor. Ohnmächtig sagen wir, denn an solchen Verläumdungs-schmutz stirbt sich kein anständiger Mensch. —

Ein biederer Oberstleser war dieser Wallstein nicht, sondern ein fanatischer Heißsporn, ein Kappelkopf, der sich gleich beim ersten Mundausstich unmöglich machte. Standaßszenen, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können, sind nicht vorgefallen; denn die Mißverständnisse sind, sobald sie als solche erkannt wurden, sofort geschlichtet. Denn wir Vergleute sind eben keine Kleinigkeitsträger. Von Anarchie kann überhaupt keine Rede sein; denn wir konnten nicht unter großen Mühen und Opfern zusammen, um einen Wirrwarr zu inscenieren. Daß ein Durcheinander auch nicht vorkommen konnte, dafür bürgte der Stab von guten, mit der Sache vertrauten Auserwählten, deren Bestrebungen darauf gerichtet waren, die Verhandlungen zu einem möglichst glatten Verlauf zu verhelfen. Ein demonstratives Abreisen der Engländer muß als eine Verläumdung der Engländer bezelchnet werden; denn deren Abreise erfolgte durchaus nicht plötzlich, sondern schon einige Tage vorher war es den meisten Delegirten bekannt, daß die Engländer am Freitag die bis zum Schluß des Congreßes, von den Engländern gestellt, Beweis daß Gegentheil eines feindlichen Verlassens. Bei den Schienen-Ridermännern ist es in der That schon weit gekommen. Die Gewohnheit, den organisirten Arbeitern am Zuge zu sitzen, ist schon längst zur Leidenschaft geworden. Damit die Leidenschaft bei den Herren nicht zum Vaster ausartet, wäre jedenfalls eine kräftige Dosis Wärmepulver am Plage. Wärmer haben diese Frosts-mäuler jedenfalls. (Im Oberstübchen? Frage des Segers.)

Gelsenkirchen. Knappschäftliches. In Nr. 20 dieser Btg. hatten wir auf Grund der Klaren und überzeugenden Begründung des Urtheils des Bodumer Landgerichts in Sachen Brinckhoff contra Knappschäft allen Vergleuten, bei denen noch der Versuch gemacht wird, die Reichsrente auf die Knappschäftskrente anzurechnen, angerathen die Gerichte in Anspruch zu nehmen und sich ihr gesetzliches Recht zu erkämpfen, wenn es im Verwaltungswege nicht zu erlangen wäre.

Die Handlung der Knappschaft im Falle Brinkhoff steht im direkten Gegensatz zu den gesetzlichen Vorschriften. Eine andere Auslegung kann es einfach gar nicht geben, denn die Zwangsbeiträge zur Knappschaft und Reichsversicherung haben naturgemäß beide eine Benefizienverpflichtung zur Folge, eben weil es Zwangsbeiträge sind. Es kann doch keinem Menschen Geld abgenommen werden kraft gesetzl. Vorschrift und ihm später erklärt werden, daß er für das weggenommene Geld absolut nichts zu erwarten hätte.

Die Essener Volksztg. hält nun, so scheint's, diese Ansicht auch für die richtige, jedoch auch nicht für ausgeschlossen, daß die höhere Instanz anders als das Bochumer Landgericht urteilt und meint nun weiter, daß unser Rath, die in gleicher Lage wie Brinkhoff sich befindenden Bergleute möchten den Klageweg beschreiten, sei ein zweifelhafter, weil das Urtheil der höheren Instanz noch nicht vorliegt und er sei für die betr. Invaliden sogar gefährlich, da ihnen beim ungünstigen Endurtheil der höheren Instanz zur Erstattung der Prozeßkosten die Pension gekürzt werden könne; das habe der Ausgang mehrerer Prozesse, die deswegen geführt, bewiesen.

Wir halten 1) die Möglichkeit für ausgeschlossen, daß das Urtheil des Bochumer Landgerichts verworfen wird. Vielmehr erwarten wir, daß dem Knappschaftsverein verboten wird, Beiträge zur Reichsversicherung ferner zu erheben. Wenn 2) der Knappschaftsverein die zu Recht erworbenen Invalidenpensionen angreifen kann, da diese doch gegen alles gesetzt, d. h. nicht mit Beschlag belegt werden können, überhaupt unpfändbar sind, wer giebt denn dem Knappschaftsverein, der auch dem Invaliden gegenüber weiter nichts ist als eine juristische Person, das Recht, diese allen andern unantastbare Revenüen zu pfänden? Der § 173 des Allg. preuß. Verordnungs vom 24. Juni 1865 sagt: »Die Ansprüche der Berechtigten auf die Leistungen... können weder an Dritte übertragen, noch auch mit Arrest belegt werden.« Sie müssen demnach also zur unverkürzten Auszahlung gelangen. Wir möchten nun gerne wissen, wieso es kommt, daß dem Knappschaftsverein etwas erlaubt sein soll, was allen andern verboten ist — selbst den Invaliden (durch das Verbot des Uebertragens an Dritte)!

Eine solche Ausnahme des Knappschaftsvereins zum Schaden der Invaliden, für deren Alter und Bedürftigkeit diese Institution besteht, vermögen wir mit der Tendenz des Knappschaftsvereins nicht in Einklang zu bringen — kann denn der einzelne Invalide die Prozeßkosten besser tragen, als die Gesamtheit? Trägt nicht die Gesamtheit ebenfalls die Prozeßkosten, wenn der Prozeß zu Ungunsten des Vereins entschieden wird? — Warum nun diese staunenswürdige Ausnahme? Warum? so fragen wir öffentlich! Der Knappschaftsverein ist weder ärmer als die Invaliden, noch darf die Verhinderung der Pension eine Strafe involviren —

Medendorf. Auf Beche Rhein-Elbe wurde am 5. d. M. eine Reduktion der Bedinge angekündigt; dieselbe soll schon am 15. d. M. in Kraft treten. Von fünf $\frac{1}{10}$ Hektol.-Inhaltswagen sollen 10 Pfg. und von fünf $\frac{1}{10}$ Hektol. 15 Pfg. in Abzug gebracht werden. Dieser Abzug soll mindestens auf pro Arbeiter 40—50 Pfg. die Schicht ausmachen. Wo bleibt da die von bürgerlichen Blättern so viel gerühmte Arbeitsordnung? Wollen die Kameraden von »Rhein-Elbe« ihre Rechte geltend machen, so werden sie einfach entlassen.

Essen. Wir waschen den Peiz, aber machen ihn nicht saß. Das ist die Devise der christlichen Kämpfer für ein besseres Erdendasein. — Unwillkürlich muß man kopfschüttelnd lächeln, wenn man (im Essener Mader) liest, wie die frommen christl. Bergleute sich als die sanften den Herren vom Geldsack so zwischen den Zellen hindurch empfehlen — Sie sagen sich förmlich und feierlich los von den »bösen« Sozialdemokraten und denken damit einen guten Wechsel auf das besondere Wohlwollen der Bergwerkskapitalisten gezogen zu haben. Nun, meinen sie, könnte ihnen wohl eine andere Wurst gebraten werden. Wird denn das Stroh gar nicht alle? Will man denn absolut nicht einsehen, daß die eine Hälfte der Arbeiter allein nicht aufgebessert werden kann, ohne die andere in die denkbar größte Opposition zu treiben? Ist es möglich und wird es je gemacht werden, den Lohn des sich christlich nennenden Arbeiters aufzubessern, seinen Nebenmann, den Sozialdemokraten aber mit einem kleinen Lohn nach Hause zu schicken? — Nein! Sie werden beide nichts bekommen! Will man ferner nicht begreifen, daß es den Bergwerkskapitalisten höchst schmerzhaft ist, an wen sie »ihre Geld« verlieren? d. h. umgekehrt, sie wollen überhaupt nichts verlieren.

Geld wollen die Christlichen aber auch haben; sie sind auch für die Verbesserung der materiellen Lage, nur, und das soll die vortheilhafte (?) Unterzeichnung von den Sozialdemokraten sein, wollen sie es auf christlicher und gesetzlicher Grundlage erstreben. Aber wollen oder können die Sozialdemokraten denn etwas in ungesetzlicher Weise erzwingen? Würden sie dann nicht bestraft werden? Mit der gesetzlichen Grundlage der christlichen soll doch, zum Unterschiebe vor den sozialdemokratischen Vorgehen, wohl nur die gültige Vorstellung gemeint sein; denn gesetzlich müssen sich beide Richtungen verhalten. Und dann haben wir bei den Christlichen noch den Harmoniebusel der gültigen Vorstellungen, der sich schon seit dem Bestehen der Bergwerksindustrie zur Verbesserung der materiellen Lage der Bergarbeiter als ein schlimmer Bruder erwiesen hat. Diese Erkenntniß könnten die Christlichen doch wohl haben.

Soll es etwa der gesetzliche Weg sein, den man durch die Landtagsabgeordneten begehen will? Hat man denn an der Berggesetznovelle vom 24. Juni 1892 noch keine genügende Erfahrung gemacht? Muß es noch dicker kommen? — Das wäre bedauerlich! Wir können das auch nicht annehmen, weil hin und wieder, trotz der geistlichen Leitung der Christlichen, die Erkenntniß sich doch Bahn bricht und das hat uns auch veranlaßt, uns mit ihnen zu beschäftigen. Da ist nämlich in einer Versammlung der Christlichen in Essen am 26. April folgende Resolution angenommen:

»In Erwägung, daß die vielfach gedrückte Lage der Bergarbeiter dringend der Besserung bedarf, letztere aber nur auf christlicher und gesetzlicher Grundlage zu erstreben ist, erachten es die Vorstände (des kath. Knappschaftsvereins »St. Barbara«, des christlich-evangelischen Arbeitervereins, des kath. Knappschaftsvereins »Bergmannsglied«, des evang. Knappschaftsvereins und des kath. Arbeitervereins) für notwendig, daß die christlichen Knappschafts- und Arbeitervereine in Zukunft durch gemeinsames Vorgehen and Handeln auch die wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter wahrnehmen und fördern.« Das Protokoll, so betonte Redner zum Schluß, nütze nichts, wenn man nicht zur Verbesserung der Lage der Bergleute kräftig Hand anlege. Auch Bergmann Müller-Guttrop war in der Versammlung am 4. Mai in Essen der Ansicht, daß man nicht die Hände ruhig in den Schooß legen dürfe, und immer wieder die achtsinnige Schicht fordern müsse. Die Arbeitgeber, wenn sie vernünftig und gerecht denken, würden kein Unrecht darin erkennen, wenn man eine Verkürzung der Arbeitszeit verlange. Man will sich also auf die gerecht

und vernünftig denken lassen verlassen? Was sagt man denn mit den Unvernünftigen und Ungerechten an?

Ihr lieben Leuten, Ihr alten Kinder, was wollt Ihr eigentlich? Wollt Ihr tatsächlich eine Lohnerhöhung, wollt Ihr tatsächlich den Peiz waschen? — Nun, dann macht ihn auch saß und wenn Ihr es einmal nicht anders könnt, dann macht ihn in Gottes Namen saß; aber macht ihn saß, das ist die Hauptsache.

Hahnhäuser (Ruhr). Am 1. Juni d. J. kam auf Beche Gajewinkel (Bochumer Verein) der Lehrhauer Carl Oberländer durch Ausschlagen des Westeins zu Tode. Oberländer war ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter und erst 23 Jahr alt. Derselbe stand also in seiner Vollkraft, hatte aber trotzdem im Monat April 1894 nur einen Nettolohn von sage und schreibe 64,22 M. verdient. Und um solch jämmerlichen Hungerlohn müssen die Bergleute tagtäglich ihr Leben in die Schanze schlagen! Arbeiter, Bergleute, organisiert Euch und tretet dem Verbaude bei, damit Ihr die Macht in Händen bekommt, Euch eurer Haut zu wehren.

Aus Gladbach wird uns der Auftrag, einige Sauerköhne zu veröffentlichen, die zwar nicht die kleinsten sind, mit denen zur Zeit die Bergleute abgepeißt werden, die jedoch den stetigen Niedergang der Löhne (auf Graf Moltke) bestätigen:

Monat	Schichtenzahl	Brutto-lohn Mark.	Ab: Del. Gefälle rc. Mark.	Nettolohn Mark.	Durchschnittlich Mark.
9. 1893	26	104,06	8,56	95,50	3,67
10. 1893	23	92,—	8,10	83,90	3,65
11. 1893	28	97,68	9,08	88,60	3,16
12. 1893	25	85,80	7,95	77,85	3,11
1. 1894	24	96,30	7,—	89,30	3,72
2. 1894	20	78,94	7,09	71,85	3,59
3. 1894	21	64,35	6,95	57,40	2,73
4. 1894	22	75,66	6,76	68,90	3,13

Was zeigen uns diese Löhne? — Die Schichtenzahl in den 4 Monaten Ende 1893 ist 102, die in den 4 Monaten Anfang 1894 ist 87. Das läßt die berechnete Schlussfolgerung zu, daß in den letzten 4 Monaten intensiver gearbeitet wurde, als bei den 102 Schichten; der Durchschnittslohn dieser beiden Perioden ist aber dennoch um 9 Pfg. pro Schicht gesunken. Und das läßt mit Sicherheit auf Reduktion des Gehaltes schließen. Diese Ansicht wird durch die totalen Lohnsummen gerechtfertigt, welche in den ersten 4 Monaten 345,85 und in den letzten 4 Monaten 287,45 Mark betragen. Also ist innerhalb $\frac{1}{3}$ Jahre der Gesamtlohn von einem Drittel zum anderen Drittel um 58,40 M., d. i. fast 17 pCt., zurückgegangen. Und das, wir betonen es besonders, bei intensiverer Arbeit!

Der Inhaber des Lohnbuchs, welchem wir diese Lohnzettel entnommen, war erbittert, daß er nicht mehr zu einem halbwegs anständigen Lohn kommen konnte und hat uns in seiner Erbitterung gebeten, seine Löhne zu veröffentlichen und einer Kritik zu unterziehen. Wir können ihm aber versichern, daß er nicht allein mit seinen Klagen dastehet. — Einzig ist nur die Mitteilung von ihm, daß im Monat Mai cr. auf Graf Moltke 320 Mann mit 2,00 Mark bestraft sind, weil sie an einem Samstag ihre Grubenkleider nicht mit nach Hause genommen haben. Großartig! 640 Mark auf einem Schlag! Pro Mann 25 Pfg. hätten auch gehen. — Muß man denn absolut bei jeder Gelegenheit den Leuten an die — — — Peitscht die Reduktion der Löhne die armen Leute noch nicht genug?

Knappschaftliches.

Wir registriren: Die Kandidatenliste der rothen Verbändler ist bei der Neuwahl eines Theiles des Knappschaftsvorstandes am 6. Juni glatt durchgegangen. Man rühmt den Neugewählten nach, scharfe Vertreter der Bergarbeiterinteressen zu sein. So sagt selbst die Bourgeoisie und — das stimmt.

Die Durchgefallenen alten waren: Tengelmann-Beche Ewald, Evertz-Stoppel, Gudenus-Güdinghofen, Hessel-Ferne, Ruhnfuß-Selbed. Commentar überflüssig — (»August Siegel.«)

Die Westf. Volksztg. fährt fort in der Besprechung über die Enttäuschungen und Enttrockenheiten in der Reihe der Mitglieder 3. Klasse des Allgemeinen Knappschaftsvereins. In der Nr. vom 1. Juni ist es ein Bergmann B., dessen Verhältnis einer Kritik unterzogen ist. Zugleich erfährt auch der Knappschaftsdirektor Gersten beim Vergleich seiner Ausführungen auf dem ev. sozialen Curfus in Dortmund mit der Behandlung der Mitglieder 3. Klasse eine »wohlthuende« Beurteilung! Wir registriren dies um so lieber, als hier von Christen, das betonen wir besonders, das als Unrecht bezeichnet wird, was wir rothen »Umstürzler« schon längst bekämpften. Die Wahrheit bohrt sich durch —

Consum-Quandel

wird grob. In No. 128 des Rh.-Westf. Lageblattes spricht er davon, daß es schwierig sei, mit der Bergarbeiterzeitung sich herumzubalgen. Gerade die betreffende Angelegenheit, die ihm den Anlaß gegeben, ist aber in seinem Ursprunge eine freche Beschuldigung seitens des Schlenkersiders. Wenn er uns, der wir schon an ziemlich Grobes von den Gegnern gewohnt worden sind und so leicht uns nicht aufregen, hier aber anklagend vorgegangen sind, einen lägenhaften Charakter vorwirft, so ist das nur ein Zeichen, daß »er« diesmal der Sache nicht traut und sie ihm ungemüthlich wird. Daß er mit seiner Beschuldigung Recht habe, das ihm zu glauben, das traut er selbst keinem vernünftigen denkenden Menschen zu. Deshalb lassen wir ihn auch ruhig schimpfen, er ist es ja so stark gewohnt, daß es ihm schwer fiel, sollte er's aufgeben. Wir werden ihm später schon mit That-sachen dienen. Dann hört das Schimpfen natürlich von selbst auf.

Dem Streik am Peizer

wird uns gemeldet: Die Lage ist bis jetzt unverändert geblieben. Die Grubenverwaltung hat keinerlei Zugeständnisse gemacht. Die Bergleute sind entschlossen den Kampf bis auf's Äußerste zu führen. Eine bewundernswürdige Einigkeit herrscht hier; alle sind von der einen Stimmung befeelt: Entweder Stegen oder mit Ehrenunterliegen.

Ueber eine kürzlich stattgehabte Versammlung, in welcher der Verbandsvorsitzende L. Schröder referirte, berichtet der »Volkswille«: »Schröder sprach in eingehender und sachlicher Weise. Derselbe wurde schon während seines Referats in der ärgsten Weise durch den Buchhalter Jense, jenen »Becken«-Beamten, der den Bergleuten vordem eine Erhöhung des Gehaltes versprochen, welches Versprechen aber später die Grubenverwaltung als nicht für sie bindend bezeichnet, unterbrochen, so daß es auf den unparteiischen Zuhörer fast den Eindruck machen konnte, als ob eine Auflösung der Versammlung herausgefordert werden sollte. Als dem »gebildeten« Herrn nachher das Wort ertheilt wurde, um seine gegenwärtige Ansicht zu äußern, befehligte er sich eines solchen Tones, der einem Antifemiten zur Ehre gereicht haben würde. Wir hörten Ausprüche wie: »Ihr (also die anwesenden Bergleute) seid Lügner etc. c.« Daß die Versammlung über ein solch »gebildetes« Betragen empört war, läßt sich leicht begreifen, aber trotzdem herrschte noch immer eine ziemliche Ruhe.

Wenn man die Ausführungen dieses Herrn gehört hat, dann kann man sich schon einer Begriffs davon machen, was sich die Bergleute seitens der »Becken«-beamten alles haben gefallen lassen müssen. Der genannte Herr versuchte es auch, die Streikenden glauben zu machen, daß sie mehr verdient hätten, als sie angaben; daß diese Äußerungen keinen Glauben fanden, versteht sich am Rande. Die Arbeiter wissen selbst am besten, wie viel sie verdient. Nachdem noch Schröder gesprochen und eine Resolution zur Annahme gelangt war, in welcher der Wunsch ausgesprochen wird, daß das Landrathsamt geeignete Schritte zur Beilegung des Streiks thun möge und nochmals der Herr Jense das Wort ergreifen halte und durchblicken ließ, was er beabsichtigte, wurde die Versammlung von dem überwachenden Beamten aufgelöst.

Kurze Zeit darauf theilte derselbe Beamte dem Kameraden Schröder mit, daß er die auf Abends 6 Uhr nach Wientinghausen von demselben Bergmann, der die hiesige Versammlung angemeldet hatte, einberufene Versammlung auf Grund eines Erkenntnisses des Oberlandesgerichts verbiete, da die erste, von demselben Einberufer einberufene Versammlung wegen »Tumultes« habe aufgelöst werden müssen. — Nun erst wurde dem Bergleuten das Auftreten des Herrn Jense erklärt, aber die gehoffte Wirkung wird ausbleiben. Selbst die feierlichste Bedenerei wird nicht vermögen, die Streikenden zur Preisgabe ihrer Forderungen zu bewegen.

Wir verweisen unsere Leser auf den Aufruf unserer heutigen Nr. zu Gunsten der Streikenden.

Ein objektives Urtheil

über den internationalen Bergarbeiter-Congress brachte kürzlich die »Preuss. Lehrers-Zeitung«:

»Die Akten über den aus allen größeren europäischen Grubenbezirken besuchten Bergarbeitertag in Berlin sind sehr schnell geschlossen. Man hat sich das Urtheil über diese immerhin bedeutungsvolle Zusammenkunft vielfach bequem gemacht. Die Nebenächlichkeiten der Zusammenkunft, die häufigen Meinungen zwischen den Abgeordneten der einzelnen Länder, die Außerlichkeiten hat man mit einem gewissen Wohlbehagen hervorgehoben; aber man vergaß, den sachlichen Inhalt der Verhandlungen voll zu würdigen, man beachtete nicht, daß trotz des häufig hervorbrechenden und oft kleinlichen Zwistes über Außerlichkeiten sämtliche Vertreter völlig einig über die Grundgedanken ihrer Bestrebungen waren. Die Bedeutung des Bergarbeitertages liegt mit in der Stärkung des Selbstbewußtseins der Arbeiter, in der gewaltigen Aufschwung des Gefühls der Zusammengehörigkeit, in der Aufklärung darüber, daß nicht nur der Wille der Bergleute in den verschiedenen Ländern in der Hauptsache als ein bezeichnet werden kann, sondern daß auch der zur Durchführung dieses Willens betretene Weg in allen Ländern der gleiche ist. Dieser Weg ist überall die Vereinigung der Kräfte, die Organisation. Man scheint die Hilfe lebhaft von der eigenen Kraft zu erwarten. Das ist eine der wichtigsten Lehren des Berliner Bergarbeitertages. Vielen mag diese Lehre traurig erscheinen, doch alle ersten Männer werden gut thun, sie zu beachten. Ernste, vorurtheilslose Prüfung erhabener Klagen weckt Vertrauen, gewaltiam erzwungenes Schweigen, unangemessene oder gar ungerechte Behandlung führt zur Verbitterung, zum Klassenhaß.

Auch der Bergarbeitertag gewährte jenes, uns so außerordentlich oft aus dem heutigen Erwerbssleben entgegnetende traurige Bild, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich als erklärte Gegner und anscheinend ohne die Möglichkeit einer gültigen Verständigung gegenübersehen.«

Das Letztere ist sehr natürlich, denn im Portemonnaie hört bekanntlich jede Freundschaft und Verwandtschaft auf —

Rundschau.

Haarbrücken. Etwas für Heuchler und Maulhelden. Von der hiesigen Strafkammer wurde der katholische Pfarrer aus dem benachbarten Böllinghausen, dessen Verhaftung wegen **Zittichkeitsvergehen** mit unerwachsenen Mädchen vor einigen Wochen erfolgte, zu der gelinden Strafe von drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Verhandlungen fanden hinter geschlossenen Thüren statt, und ergaben in einer ganzen Reihe von Fällen die volle Schuld des Angeklagten.

Eine antisemitische Entdeckung. Dr. Büchel, der Antisemit, schrieb jüngst in seinem Herold:

»Der geldgierige Großkapitalist — ganz einerlei ob Jude oder Nichtjude — ist der Würangel unseres Volkes, dem er die Arbeits-Gelegenheit entzieht. Das Aufspeichern großer Reichthümer muß zur Verarmung und zur Verkehrsstockung führen.«

Das ist deutlich und das führt die Anhänger des Herrn Büchel, wenn sie ihm einmal bis zu diesem Punkte gefolgt, schließ-lich in das Lager der Sozialdemokratie.

Ein Bergarbeiterauswand steht in England bevor. Aus Glasgow wird unterm 7. Juni gemeldet: Die gestern hier versammelten schottischen Kohlengrubenbesitzer erklärten, daß sie bei den jetzigen Kohlenpreisen die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen könnten. Es wird also wohl zum Ausstand der schottischen Bergleute kommen.

Der Fünfundvierzigste ist gewählt. Der Blaunische Wahlkreis im sächsischen Voigtland, um den die Arbeiter seit 20 Jahren gerungen haben, ist endlich in unseren Händen, und die Bevölkerung jenes Kreises, der zu vollauf neun Zehnteln aus Arbeitern und Proletariern besteht, hat zum ersten Mal statt

einen Vertreter des Geldsack einen Vertreter der Arbeit in den deutschen Reichstag gesandt.

Die Blaunische Wahl war eine richtige »Kraftprobe«. Die Gegner selbst haben sie als eine solche bezeichnet; und sie haben alles aufgebieten, was in ihrer Macht lag um den Arbeiter den Sieg zu entreißen. Am 1. Juni haben die Arbeiter ihren Wahrspruch abgegeben. Genosse Alwin Gerlich ist mit 12582 Stimmen gewählt worden; der Kartellkandidat Uebel kam mit 10874 Stimmen »libel« weg.

Was sagen die Herren Luendel, Vensing und Consorten zu diesem »Abnehmen« der Arbeiterpartei? Wo ist der »Müßige Mißerfolg«?

Vivat sequens! (Es lebe der Folgende!)
Blaun ist unser — Pinneberg wird folgen.

Gingefandt.

Gelsenkirchen. Die Lust von sich reden zu machen war es wahrscheinlich die Herrn Johannes Fuskangel jüngst in einer Versammlung zu der Neuerung veranlaßte, daß er es jetzt unternehmen werde, die Bergarbeiterbewegung in ein anderes Fahrwasser zu lenken. Herr Fuskangel will zu diesem Zwecke künftig hier viel — viel in Versammlungen reden und die Bergarbeiter von der Nothwendigkeit der Organisation zu überzeugen suchen. Und organisierten Bergleute kann das nur nicht sein, jedoch bezweifeln wir, daß Herr Fuskangel mit seinem abermaligen Versuch die Bergleute in's Schlepptau der Centrumpartei zu bringen mehr Glück haben wird als mit den früheren, selbst dann wenn er, wie es sein Vorhaben ist, die Verstaatlichung der Bergwerke als Lockspeise bietet. Die Klassenbewußten Bergleute haben allgemein eingesehen, daß nur eine Ueberführung der Produktionsmittel eine wirkliche Besserung ihrer Lage herbeiführen kann; ihnen ist es gleich ob der Ausbeuter sich Staats- oder Privatkapitalist nennt. Sie wissen genau, daß eine Forderung wie die oben genannte nur von der sozialdemokratischen Partei erhoben wird. Auch die Indifferenten werden bei einigem Nachdenken inne, daß das Verstaatlichungsprojekt zwecklos ist und dürfte die demnächstige Agitation des Herrn Fuskangel daher nur den Erfolg haben, die Bergleute zu einem vermehrten Anschluß an die bereits bestehende Organisation zu bewegen. Man sollte meinen, Herr Fuskangel hätte diese Erfahrung bereits früher gemacht, als er es versuchte den christlich-patriotischen Gegenverband auf die Beine zu bringen. Der

Müßige Mißerfolg scheint ihn Nichts klüger gemacht zu haben. Jedes Thierchen will eben sein Blaisirchen haben, begrüßen wir also den »Kameraden« Fuskangel als einen neuen, allerdings unfeindlichen Kämpfer für unsere Sache.

Briefkasten.

Nach Hedinghausen, Herzen und Umgegend. Ihr habt auf vorläufig einen neuen Zeitungsboten angeheißt. Der frühere Zeitungsbote Wöhmer weigert sich entschieden, die neuen Abonnementslisten und zur Verfügung zu stellen. Wöhmer hat somit den Charakter eines organisierten Arbeiters von sich gestrichen. Wir eruchen deshalb unsere dortigen Kameraden, dem neuen Zeitungsboten hilfreich zur Seite stehen zu wollen, damit sämtliche Abonnenten bedient werden können. Uebrigens wird den Bergleuten, in der am 24. d. M. in Herzen stattfindenden Bergarbeiter-Versammlung, genügend Gelegenheit geboten werden, sich die Zustellung der Zeitung zu ermöglichen. Wir eruchen unsere Kameraden, für diese Versammlung kläglich agiliten zu wollen.

Nach Meiderich. Einen »Delegirten« Franz Kloss kennen wir nicht, also sind alle Erzählungen des Betreffenden erlogen. Ueber die Anschuldigungen selbst uns anzulassen, ist überflüssig, da sie eben sinnlos sind; wir haben dieselben schon duzend Male widerlegt. Es giebt nämlich sehr viele solcher »Müße« auf der Welt.

Strahörde, W. S. Die Anzeige in unserer Zeitung betr. Versammlung kann erfolgen, sobald Sie uns eine solche einsenden. Referent sieht zur Verfügung.

Bachfisch, Linden. Sie haben recht, es war selbst einem Schiller nicht erlaubt geblieben, in den Adelstand erhoben zu werden. Schiller wurde gelegentlich an den Weimarer Hof geladen, aber die Hofgesellschaft, die den Unterschied zwischen Adligen und Bürgerlichen streng aufrecht erhielt, war so bedrückend und beschämend für ihn, daß er sich den Einladungen unter allerlei Vorwänden zu entziehen suchte. Da beantragte der Herzog Karl August bei dem Kaiser Franz II. von Deutschland Schillers »Mobilisierung«, welche denn auch im Herbst 1802 erfolgte. Schiller schrieb darüber an Wilhelm von Humboldt: »Sie werden gelacht haben, da Sie von unserer Standeshöhung hörten; es war ein Einsatz von unserem Herzoge, und da es geschah, so kann ich es mir um der Lolo und der Kinder willen auch gefallen lassen.« Schillers Frau Charlotte

war eine geborene von Zengefeld und hatte, weil sie den bürgerlichen Dichter geheiratet, den Zutritt zum Hofe verloren, den sie früher als Adlige gehabt hatte. Aber selbst sie schrieb über die unerbetene »Ehre«: »Sie kennen uns und wissen, was wir davon halten, der Kinder wegen ist man schuldig, es nicht fallen zu lassen, weil es einmal geschehen ist, ob wir gleich ziemlich gleichgiltig die Folgen davon absehen.« Und ein andermal schrieb sie: »Es kann jeder daraus sehen, daß Schiller ganz unschuldig daran ist, und dies ist es, was mich beruhigt. Denn eine Ehre zu suchen, hieße ich unter Schillers Charakter.« — Inzwischen ist das »von« in dem Namen Friedrich Schiller zum Glück längst wieder vergessen worden.

Aufruf zur Unterstützung der streikenden Kameraden am Deister.

Kameraden! Der Streik unserer Leidensgenossen am Deister ist in ein ernstes Stadium getreten; er wird langwierig. Die Bergwerksbourgeoisie der Fische Antonie beharrt hartnäckig auf ihrem Standpunkt, keine Löhne zu zahlen, auch soll an der bisherigen Disziplin nichts geändert werden. Aber die streikenden Kameraden haben beschlossen auszuharren, lieber zu hungern, als in das alte Joch zurückzukehren. An den in voriger Nummer veröffentlichten Erklärungen ist der Stand des Streiks und somit die Lage unserer streikenden Kameraden zu erkennen. Hülfe thut noth! Schnelle Hülfe ist doppelte Hülfe! Schon seit mehreren Wochen dauert der Streik, darum ist schnelle Hülfe jetzt dringend geboten.

Am 7. Juni ist im Streikgebiet folgende Resolution angenommen:

»Die heute im Saale des Ballhofes tagende öffentliche Volks-Versammlung erkennt die Forderungen der streikenden Bergarbeiter in Bantorf als berechtigt an und verpflichtet sich, die Streikenden mit allen Kräften, moralisch wie materiell, zu unterstützen.«

Erfür wir diesen Leuten nach. Sammeln wir schnell zur Unterstützung unserer kämpfenden Kameraden am Deister! Es ist eine Ehrensache für uns, die 500 Leidensbrüder am Deister im Kampfe für ihr gutes Recht über Wasser zu halten. — Gelber zur sofortigen Weiterbeförderung nimmt unser Bandschlichter Johann Meyer, Bochum, Fahrwellerstraße 24, entgegen.

Oeffentl. Bergarbeiter-Versammlungen.

Sonntag, den 17. Juni 1894.

Dorsten.

Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wwe. Th. Probst.
Tages-Ordnung: 1. Knappschaftsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Sonntag, den 24. Juni 1894.

Ditteln.

Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Wirths Lauf.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den Berliner Congress. 2. Knappschafts-Angelegenheit. 3. Verschiedenes. Der Vertrauensmann.
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

Herzen und Umgegend.

Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Wirths Joh. Wünte in Herzen.
Tages-Ordnung: 1. Bericht über den internationalen Bergarbeiter-Congress. 2. Verschiedenes.

Sonntag, den 1. Juli 1894.

Essen.

Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Frau Wwe. Kraß.
Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Delegirten vom internationalen Bergarbeiter-Congress. 2. Knappschaftliches.
Hierzu werden die Bergleute von Altdorf, Müntenscheid und Altenessen freundlichst eingeladen.
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

Linden.

Nachmittags punkt 5 Uhr, beim Wirth Ernst Wolff.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Congress. Referent: Müller, Weimar.
2. Berggewerbebericht. Referenten: Hermann Krampe, Dahlhausen und Heinrich Kaiser, Eppendorf.
3. Der Stand der Bergarbeiterbewegung. Referent: Heinrich Bauer, Weimar.
4. Die sozialpolitische Lage der Arbeiterklasse. Referent: Dr. Längenan, Dortmund.
Diese Versammlung hat eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung ich erbitte und erhoffe deshalb die regste Theilnahme.
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.
Der Vertrauensmann.

In beziehen sind durch unsere Buchhandlung:

Berliner Arbeiter-Bibliothek in Heften.	Engels, Die Wohnungsfrage	25 Pfg.
Sozial. Roman Bellamy	Rauhy, Der Arbeiterschuh	20 "
Sozial. in Frankreich, Zeitn.	Karl Marx	2 Mark.
Charakterzüge aus der franz. Arbeiterbewegung	Leibnitz, Grund- und Bodenfrage	50 Pfg.
Hausindustrie in Deutschland	Wissen ist Macht	30 "
Junker und Bauer, Kampfmeier	Enfer Depesche	30 "
Wirtschaftl. Umwälzung und die Entwicklung der Sociald. Schippel	Robert Blum	2 Mark.
Marx'sche Werththeorie, Fischer	Zu Schutz und Trug	25 "
Die Socialdemol. u. d. deutsche Reichstag	Wurm, Die Naturkenntniß im Lichte des Darwinismus	60 "
Die soziale Frage auf dem Lande	Mutter, was läuft der Herr Sen-darm so	10 "
Arbeiterbildungsfrage	Enf. Sozialpolitisches Handbuch	2 Mark.
Der Mythos der Begründung des Deutschen Reiches	Die zehn Gebote von Hoffmann	50 Pfg.
Naturgeschichte antisem. Beweg. Sociale Frage u. Bodenverlaßl.	Antisemitisch	5 "
Die deutschen Arbeiter und das Gewerkegerichts-Gesetz	Vertholl des Congresses der Socialdemokratie zu Wien in der Schweiz 1880	20 "
Fert mit dem Dreiklassen-Wahl. Unentgeltl. der Lehrmittel für die Schulen des Volkes	Kopenhagen 1883	20 "
Ohne von London	St. Gallen 1887	25 "
Die Entwickl. der Geschichts-auff. bis auf Ca l Marx	Paris 1889	25 "
Die Arbeiterbewegung im Lichte der material. Geschichtsauff.	Halle 1890	50 "
Deutsche Buchdr. der in ihren Lohnkämpfen gegen das Kapital	Erft 1891	59 "
Die Thätigkeit des Reichstages 1890-93	Berlin 1892	50 "
Der Aufstand I	Der Zukunftsstaat	25 "
Dizgen, Christenthum und Socialismus	Gefährte Häupter von Hans Baake	20 "
Die Religion d. Socialdemokratie	Katharina 2. von Rußland	20 "
Streitzüge eines Sozialisten	August der Starke, Kurfürst von Sachsen und König von Polen	20 "
Sozialpol. Vorträge	Leonid von Medlenburg	20 "
Die Zukunft d. Socialdemokratie von Dietzen	Papst Alexander 6.	20 "
Bernstein, Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum	Ludwig 14. von Frankreich	10 "
Die Spartakusbeweg. in England	Philipp 2. von Spanien	20 "
Deville, Erasmus Dabeuf I.	Neu erschienen:	
Bonmel, Jesus von Nazareth	Friedrich Wilhelm 2. König von Preußen	20 "
Ausere Ziele	Märchenbuch für die Kinder des Proletariats von Hans Baake	1 Mark.
Beder, Der alte und der neue Jesuitismus	Bilderbuch für große und kleine Kinder	75 Pfg.
	Neuer Weltkalender	50 "
	Socialdemokratisches Liederbuch	40 "
	Der wahre Jatsb. u. s. w.	

Wir bitten den Betrag für einzelne Broschüren in Marken einzusenden und mindestens 5 Pfg. für Porto beizufügen, wogegen wir gewünschte Broschüren franco einsenden.

Verlag der Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Stilale Aplerbeck.
Sonntag, den 17. Juni, Nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale des Herrn S. Siepmann in Aplerbeck eine **Mitgliederversammlung** des Consum-Vereins statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.
Nur Mitglieder haben Zutritt.
Der Einberufer.

**Kinderswagen!!
Reiseförbe!!
Marktförbe!!
Waschförfel!!
Rohrseffel!!**
läuft man am besten und billigsten bei C. Ph. Kuslins, Korbmachermeister, Dortmund, Westraße 106, neben dem Leihhaus. — Reparaturen an sämtlichen Korbwaaren schnell und gut.

Abrechnung über den internationalen Bergarbeiter-Congress.
Einnahme:
von verlansten Marken 175 Mk. 20 Pf.
auf der Liste 24 " 50 "
Summa 199 Mk. 70 Pf.
Ausgabe:
für Annoncen 8 Mk. — Pf.
für zwei Delegirte 190 " — "
an die Unterstützungskasse 1 " 70 "
Summa 199 Mk. 70 Pf.
Wattencheid, den 10. Juni 1894.
H. Depenbrock, Franz Brode.

Bergischer Hof
Aec Leon,
Altmarkt 48, Oberhausen (Rheinl.).
Ausgezeichnetes Glas Bier
zu 1^o Pfg.
Rohrbranntwein 80 Pfg. pr. Liter.

Oznajmienie.
Od 1. sego Oktobra czyli Pazdiernika Roku jest Mniyasce zaplaci, od zwionsku, Niemnieckich Gornihow czyli Bergmanow z Gelsenkirchu Mniastanowego, w lokalu Pana Wihelma Wortnana w Mühlenstr. Nro. 8 przed Pnludniam w kazdo Niedzele mozna ta zaplaczic. Bevtrack zwionskowi i bando tes cionki nowo do zwionsku przymowane.
Centralnia-Vorstand.

Die **Buchdruckerei** des **Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter Gelsenkir.** hält sich zur **Anfertigung von Drucksachen aller Art** bestens empfohlen.
Verband nach allen Orten.

In unserer Verlage ist eine Broschüre erschienen über **Das rhein.-westf. Kohlenstudium und die Bergarbeiter**, unter besonderer Berücksichtigung des letzten Streiks von 1893. In dieser Broschüre ist zugleich ein Situations-Bericht der deutschen Delegirten auf dem internationalen Bergarbeiter-Congress zu Berlin von 1893-94 beigefügt.
Preis per Exemplar 10 Pfg. Bei Mehrabnahme Rabatt.
Wir eruchen unsere Kameraden und Freunde möglichst bald Bestellungen zu machen.
Verlag der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Centralnia-Vorstand.